

„Es reicht“ wendet sich an Ministerin

Initiative will weitere Windräder verhindern

Mardorf. Die Bürgerinitiative „Es reicht“ hat sich mit einem Brief an Priska Hinz, hessische Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, gewendet. Die vier Unterzeichner beziehen sich auf ein Anliegen der Stadt Liebenau, die gemeinsam mit einigen Bürgern eine Neuberechnung der Schallimmissionen für einen Windpark bei Hofgeismar fordert. Einen ähnlichen Antrag haben vier Bürger aus Mardorf, Erfurtshausen, Rauischholzhausen und Höingen beim Regierungspräsidium in Gießen gestellt. Bisher habe es aber, so berichtet die Bürgerinitiative, aus Gießen nur die Auskunft gegeben, dass noch abzustimmen sei, wie mit Anträgen auf Wiederaufgreifen von Verfahren umzugehen sei. „Wir sind der Auffassung, dass es nicht im Ermessen des Regierungspräsidiums Gießen liegen darf, ‚hausintern‘ zu entscheiden, ob das Interimsverfahren zur Anwendung kommt“, heißt es in dem Brief nach Wiesbaden. Das Schriftstück endet mit der Bitte, das RP anzuweisen, für die bestehenden und geplanten Anlagen auf der Mardorfer Kuppe eine Neuberechnung der

Schallimmission zu initiieren und bei einer eventuellen Überschreitung der Grenzwerte die dauerhafte Nachtabstimmung der Windkraftanlagen zu empfehlen.

Im Dezember hatte die BI einen offenen Brief an zahlreiche Stellen in Wiesbaden geschickt, um zu verhindern, dass weitere Windkraftanlagen auf der Kuppe gebaut werden. Dabei hat die Initiative das Hauptaugenmerk auf das Windvorranggebiet gelegt, das sich im Besitz von Hessen Forst befindet und das „windradfrei“ bleiben sollte, da die Ortschaften rund um die Kuppe durch bestehende Windräder und Biogasanlagen schon genug für die Energiewende getan hätten. „Ein Landesbetrieb wie Hessen Forst sollte unserer Meinung nach nicht gegen Willen der anliegenden Dörfer weitere Waldgebiete für Windkraftanlagen zur Verfügung stellen, die das Leben in unseren Dörfern so stark beeinträchtigen“, heißt es in dem offenen Brief, der unter anderem an Ministerpräsident Volker Bouffier ging. Es klinge für sie paradox, wenn die Landesregierung ankündigt, den ländlichen Raum stärken zu wollen.